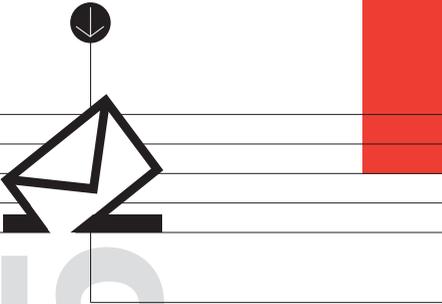




Stadt Bern

**Botschaften des Stadtrats
an die Stimmberechtigten**

**Gemeindeabstimmung
vom 27. November 2005**



27. November

**Initiative
«Keine Sonderrechte für
die Reitschule»**

**Produktgruppen-Budget 2006
der Stadt Bern**

Inhalt	Seite
Initiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule»	3
Produktegruppen-Budget 2006 der Stadt Bern	23

Botschaft des Stadtrats an die Stimmberechtigten

Initiative
«Keine Sonderrechte für die Reitschule»



Ansicht des Innenhofs der Reitschule.

Inhalt	Seite
Das Wichtigste auf einen Blick	5
Was die Initiative verlangt	6
Die Reitschule	7
Die Grosse Halle und ihre Trägerschaft	10
Was spricht gegen die Initiative?	12
Stellungnahme des Initiativkomitees	13
Mehrheits- und Minderheitsstandpunkte im Stadtrat	15
Antrag	16
Anhang: Leistungsvertrag vom 22. Juli / 3. September 2003 zwischen der Stadt Bern und der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule	17

Mehr Information

Eine Abstimmungsbotschaft kann nur summarisch orientieren. Wer zusätzliche Informationen zur Initiative und zur Reitschule wünscht, wendet sich an die

**Abteilung Kulturelles
der Stadt Bern
Gerechtigkeitsgasse 79
3011 Bern
Telefon 031 321 69 88
E-Mail: kulturelles@bern.ch**

Das Wichtigste auf einen Blick

Am 26. Oktober 2004 reichte ein überparteiliches Initiativkomitee aus Vertreterinnen und Vertretern der Schweizerischen Volkspartei (SVP), der Jungen SVP Stadt Bern und Umgebung, der Schweizer Demokraten (SD) und der Jungen SD Stadt Bern die Initiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule» mit 5 419 beglaubigten Unterschriften ein. Der Gemeinderat hat am 15. Dezember 2004 festgestellt, dass die Initiative materiell gültig ist.

Die Initiative verlangt eine Ergänzung der Gemeindeordnung (GO). Ein neuer Absatz 3 von Artikel 17 GO soll bestimmen, dass die Betreiberschaft der Berner Reitschule für die Nutzung der Gastgewerbebetriebe, Wohn- und Geschäftseinrichtungen ortsübliche Mietzinse und Nutzungsgebühren zu bezahlen, die gesetzlich vorgeschriebenen Steuern, Abgaben und Gebühren zu entrichten sowie alle notwendigen Bewilligungen einzuholen hat.

Die Reitschule wird von zwei eigenständigen Rechtspersönlichkeiten genutzt. Die Gebäude mit Ausnahme der Grossen Halle stehen der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) zur Verfügung. Die Grosse Halle wird vom gleichnamigen Trägerverein genutzt. Der Stadtrat hat für die Jahre 2004 bis 2007 Leistungsverträge mit der IKuR und mit dem Trägerverein Grosse Halle genehmigt.

Zusätzlich schlossen die Stadtbauten Bern mit der IKuR und dem Trägerverein Grosse Halle Mietverträge zu den üblichen Konditionen ab.

Gemäss Leistungsvertrag bietet die IKuR ein breitgefächertes Kulturprogramm. Die Reitschule ist für alle sozialen Gruppen offen. Die IKuR betreibt eine sozialverträgliche Preispolitik. Sie ist der Stadt finanziell vollumfänglich rechenschaftspflichtig.

Der Leistungsvertrag mit dem Trägerverein Grosse Halle entspricht jenem mit der IKuR. Danach bietet der Verein in einem Ganzjahresbetrieb ein breitgefächertes Programm mit Ausstellungen und Anlässen unterschiedlicher Inhalte. Ergänzend steht die Grosse Halle auch als Werkstatt, besonders zur Erarbeitung kultureller Veranstaltungen, zur Verfügung.

Als Abgeltung der kulturellen und sozialen Leistungen der IKuR bezahlt die Stadt den Mietzins für die Reitschule und für die Grosse Halle. Sie unterstützt die IKuR zudem mit jährlich Fr. 60 000.00 an die Nebenkosten, die doppelt so hoch sind. Und sie fördert den Betrieb in der Grossen Halle mit Fr. 30 000.00 im Jahr.

Der Leistungsvertrag zwischen der Stadt und der IKuR basiert auf den Rechtsgrundlagen für die Übertragung öffentlicher Aufgaben und orientiert sich an den Leistungsverträgen mit anderen Kulturinstituten in der Stadt Bern.

Abstimmungsempfehlung

Der Stadtrat empfiehlt den Stimmberechtigten mit 16 Ja- gegen 57 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen, die Initiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule» abzulehnen.

Was die Initiative verlangt und warum

Die Initiative verlangt, die Gemeindeordnung der Stadt Bern (GO) vom 3. Dezember 1998 sei wie folgt zu ergänzen:

Art. 17 Kultur

¹ Die Stadt fördert und vermittelt Kultur in ihrer Vielfalt, insbesondere das zeitgenössische Kulturschaffen.

² Sie unterstützt Kulturschaffende, kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen. Ausnahmsweise führt sie Einrichtungen selber.

³ **(neu) Die Stadt stellt den Betreibern der Berner Reitschule für die Nutzung der Gastgewerbebetriebe, Wohn- und Geschäftseinrichtungen ortsübliche Mietzinse und Nutzungsgebühren in Rechnung. Die Betreiber haben die gesetzlich vorgeschriebenen Steuern, Abgaben und Gebühren zu entrichten und alle notwendigen Bewilligungen einzuholen.**

Für das Initiativkomitee gibt es im Leistungs- und im Mietvertrag mit der Reitschule und der Grossen Halle Mängel. So bestünden in der Reitschule Einrichtungen, die im Vertrag nicht erwähnt seien und die nichts mit dem Grundauftrag eines Kultur- und Sozialorts zu tun hätten, aber namhafte Umsätze erzielten. Dazu zählen für das Komitee die Druckerei, die Werkstatt, die Vermietung von Wohn- und Geschäftsräumen. Sodann fragt das Komitee, ob das Restaurant «Sous le pont» und die Bars einen kulturellen Auftrag erfüllten. Das Komitee schätzt, das Restaurant «Sous le pont» erwirtschaftete jährlich einen Umsatz von 1,5 Millionen Franken und einen Reingewinn von 0,6 bis 0,8 Millionen Franken. Schliesslich wird beanstandet, in der Reitschule würde keine

Buchhaltung nach gesetzlichen Vorschriften geführt, deshalb blieben die Finanzierungsflüsse und eventuelle interne Quersubventionen intransparent.

Nach dem Wortlaut ist offen, ob sich die Initiative auf die gesamte Reitschule bezieht oder ob davon ausschliesslich die IKuR und der von ihr genutzte Teil betroffen ist. Nach der Einheit des Orts und dem Grundsatz «Im Zweifel für die Volksrechte» nimmt der Gemeinderat eine extensive Auslegung an und bezieht die Initiative auch auf die Grosse Halle und ihre Trägerschaft.



Gesamtansicht der Reitschule von der Neubrückstrasse.

Die Reitschule

Geschichte

Die «Städtische Reitschule» auf der Schützenmatte ist 1895/1897 errichtet worden. In ihrer Gesamtanlage ist die Reitschule ein schutzwürdiges Objekt von nationaler Bedeutung.

Bis in die 1950er Jahre diente der Gebäudekomplex dem Reitbetrieb. Seit 1964 galt die Reitschule als Abbruchobjekt. 1981/1982 entstand hier das Autonome Jugendzentrum. 1987 stellte der Gemeinderat das Gebäude der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) kurzfristig und provisorisch zur Nutzung als alternativen Kulturort zur Verfügung. Aus einem auf wenige Wochen befristeten Experiment wurde ein Dauerzustand, der sich trotz Spannungen und Problemen als Kultur- und Begegnungszentrum bewährt hat.

Nachdem die Stimmberechtigten am 13. Juni 1999 einen Baukredit von 7,74 Millionen Franken bewilligt hatten, wurden in der Reitschule von 2000 bis 2004 Fassaden, Dächer und Haustechnik baulich saniert.

Leistungsvertrag

Der Leistungsvertrag zwischen der Stadt und der IKuR gilt für die Jahre 2004 bis 2007. Er basiert auf den Rechtsgrundlagen für die Übertragung öffentlicher Aufgaben und orientiert sich an den Leistungsverträgen mit anderen Kulturinstituten in der Stadt Bern.

Nach dem Vertrag betreibt die IKuR in der Reitschule ein Kultur- und Begegnungszentrum. Das von der Stadt unterstützte Angebot umfasst insbesondere folgende Aktivitäten und Einrichtungen:

Dachstock	Veranstaltungsraum für Konzerte, Discos, Performances
Tojo Theater	Raum für freie Theater-schaffende und -gruppen, Programm mit professionellem und semiprofessionellem Schaffen
Kino	Studiofilmclub für thematische Filmreihen, Festivals und Rahmenveranstaltungen, Kinobar
Frauenraum	Frauenkultur in diversen Formen, für Frauen und Männer
Körper Dojo	Raum für Körperarbeit und -schulung. Proben, Trainings und Workshops in Tanz, Theater, Gymnastik, Kampfsport
Sous le pont	Selbstverwaltetes Restaurant mit biologischer Küche als Treffpunkt für alle. Mittagsmenu für 7 Franken. Offene Bühne für kulturelle Anlässe
I-Fluss	Bar-Treffpunkt mit Anlässen für den politisch-kulturellen Austausch. Ort der Kontaktpflege mit anderen, auch externen Gruppen
Cafeteria	Begegnungsort für Jugendliche

Gemäss Vertrag muss die IKuR für alle sozialen Gruppen offen sein, eine sozialverträgliche Preispolitik betreiben und auf einen Konsumationszwang für Besucherinnen und Besucher verzichten. Die IKuR wird zur Vernetzung mit anderen Institutionen und Organisationen angehalten. Sie ist ausdrücklich verpflichtet, die erforderlichen Bewilligungen für den Betrieb einzuholen.

Die Abgeltung der Stadt umfasst den Mietzins. Er wird von der Abteilung Kulturelles direkt an die Stadtbauten Bern (StaBe) überwiesen. Darüber hinaus leistet die Stadt an die Nebenkosten jährlich einen gebundenen Beitrag von Fr. 60 000.00. Dieser deckt etwa die Hälfte der anfallenden Kosten. Er wurde gegenüber der Zeit vor dem Leistungsvertrag halbiert.

Die IKuR schuldet der Stadt umfassend Rechenschaft über die Erfüllung des Leistungsvertrags. Der guten Kommunikation und Kooperation zwischen Stadt und IKuR wird grosses Gewicht beigemessen. Mindestens einmal im Quartal treffen sich Delegationen der IKuR und der Stadtverwaltung, um alle den Betrieb und die Sicherheit betreffenden Fragen zu behandeln.

Die einzelnen Aktivitäten und Einrichtungen werden von Arbeitsgruppen getragen. Jede Gruppe führt über ihre Tätigkeit eine Rechnung.

Mietvertrag

Die IKuR hat mit den StaBe einen Mietvertrag über die Nutzung der Reitschule – mit Ausnahme der Grossen Halle – abgeschlossen. Der Mietzins beträgt Fr. 318 780.00 im Jahr; er wurde nach den ordentlichen Ansätzen der StaBe ermittelt.

Betrieb

Die Reitschule finanziert ihren Betrieb durch Eintrittspreise für Veranstaltungen und die Verkäufe im Restaurant und an den Bars. Die Eintrittspreise liegen bei höchstens 20 Franken, in der Regel tiefer. Die Stadt trägt an die Nebenkosten jährlich Fr. 60 000.00 bei.

In der Reitschule werden mehrere Rechnungen geführt:

- Die IKuR führt eine Rechnung unter der Bezeichnung «Pool». Über den «Pool» werden sämtliche finanziellen Belange abgewickelt, die nicht direkt mit den Tätigkeiten der einzelnen Arbeitsgruppen zu tun haben. Dazu gehören die Administration, die Nebenkosten, Gebühren.
- Die einzelnen Arbeitsgruppen – sie sind für das Kulturangebot verantwortlich und führen Bar und Restaurant – haben ihre eigene Rechnung nach KMU-Standard und Kontenrahmen.
- Alle Rechnungen werden ordentlich revidiert.

Um den finanziellen Umfang sämtlicher erbrachten Leistungen und erzielten Einnahmen zeigen zu können, hat die IKuR die Rechnungen der AG und die Pool-Rechnung im Plus und im Minus addiert. Dies ergibt für 2004 das folgende Bild:

Aufwand 2004	In Franken	In %
Kultur	572 236.92	21,62
– Gagen, Verpflegung, Transport	287 019.42	
– Filmmiete	13 681.60	
– Materialmiete	15 648.30	
– Licht	15 758.15	
– Ton	47 953.65	
– Graphik und Druck	114 958.65	
– Versand und Werbung	77 217.15	
Gastronomie	865 859.61	32,72
– Warenaufwand Bar und Service	739 122.84	
– Warenaufwand Küche	101 136.42	
– Transport	25 600.35	
Personal: Löhne, Sozialabgaben, Entschädigungen, Spesen	646 858.68	24,44
Umsatzabhängige Betriebe	136 085.48	5,14
Raumkosten	186 797.99	7,06
– URE	66 253.44	
– NK/HK	113 705.20	
– Schlüsselsystem	6 839.35	
Abgaben: Steuern, Gebühren, Bewilligungen	100 965.79	3,82
Administration, Porti, Material etc.	27 092.54	1,02
Diverses: a.o. Aufwand für Renovationen und Umbauten	110 600.35	4,18
Totaler Aufwand	2 646 497.36	100
Ertrag 2004		
Eintritte aus Veranstaltungen	618 232.00	23,31
Garderobe	20 053.00	0,76
Bars und Restaurant	1 780 870.41	67,16
Globale Abgeltung Stadt	60 000.00	2,26
Raumertrag	77 642.60	2,93
Sonstige Erträge (Materialvermietung, Vereinsbeiträge, Zigarettenautomaten, Spenden, einmaliger a.o. Ertrag durch Auflösung eines Kontos)	94 875.44	3,58
Totaler Ertrag	2 651 673.45	100
Gesamtergebnis 2004	+ 5 176.09	

Der Gewinn 2004 entspricht 0,2 Prozent des Umsatzes. Er wurde vor allem für die Tilgung von aufgelaufenen Verlusten aus der Umbauzeit (Gesamtsanierung) verwendet.

Die Grosse Halle und ihre Trägerschaft

Die Grosse Halle (ehemalige Reithalle) ist einem 1996 gegründeten Trägerverein übertragen. Er hat den Zweck, die Halle für einen breit gefächerten kulturellen, sozialen, politischen, sportlichen und wirtschaftlichen Betrieb zu nutzen. Der Trägerverein zählt heute rund 80 Mitglieder; er steht allen interessierten Organisationen und Einzelpersonen offen. In ihm vertreten sind Stadt und IKuR. Weiter gehören ihm zahlreiche namhafte Organisationen und Institutionen aus den Bereichen Kultur, Architektur/Gestaltung, Soziales und Ökologie an.

Leistungsvertrag

Der Leistungsvertrag zwischen der Stadt und dem Trägerverein Grosse Halle entspricht jenem mit der IKuR. Danach bietet der Verein in einem Ganzjahresbetrieb ein Programm mit Ausstellungen und Anlässen unterschiedlicher Inhalte. Ergänzend steht die Grosse Halle auch als Werkstatt, besonders zur Erarbeitung kultureller Veranstaltungen, zur Verfügung. An die Aufgabenerfüllung trägt die Stadt jährlich Fr. 30 000.00 bei.

Mietvertrag

Die StaBe haben mit dem Trägerverein einen Mietvertrag abgeschlossen. Der Vertrag gilt für die Jahre 2004 bis 2007. Er entspricht jenem mit der IKuR. Der jährliche Mietpreis beträgt Fr. 205 470.00. Er wird von der Stadt der StaBe bezahlt.

Programm

In der Grossen Halle gab es 2004 15 Programme an 55 Tagen. Zudem wurde die Halle an 108 Tagen als Produktionswerkstatt, Übungs- und Vorbereitungsort für Kulturprojekte gebraucht. Insgesamt war die nicht heizbare Halle während 163 Tagen belegt. Erwähnenswert ist das erstmals in Bern umgesetzte Projekt «Blinde Insel»: Rund 1200 Besucherinnen und Besucher dinierten während 25 Tagen in völliger Dunkelheit. Zudem fanden zwei Stummfilmabende mit musikalischer Live-Begleitung statt. Eine Konzertreihe über Ostern und das Konzert mit «Kraftwerk» im Mai bildeten die Höhepunkte der Grossveranstaltungen. Aber auch kleine Veranstaltungen – wie das Streetbasketballturnier – hatten weiterhin ihren festen Platz im Programm. Nach den Angriffen auf die Veranstalter des Flohmarkts wurde dieser ein halbes Jahr ausgesetzt. Seit Dezember 2004 findet der beliebte Markt mit neuen Verantwortlichen wieder monatlich statt.

Finanzielles 2004

Erträge	In Franken	In Prozent
Vermietung Halle an Veranstalter	29 500	15.37
Vermietung Halle an Flohmarkt	6 000	3.13
Vermietung Halle an Diverse	3 628	1.89
Ertrag aus Barbetrieb bei eigenen Veranstaltungen	5 338	2.78
Bar-Umsatzabgabe Veranstalter	16 937	8.82
Verkauf Getränke an Veranstalter	14 745	7.68
Eintritte (eigene Veranstaltungen)	4 730	2.46
Projekt Blinde Insel	67 748	35.30
Mitgliederbeiträge	3 520	1.83
Beiträge von Stadt Bern, Migros u.a.	39 800	20.74
Total Erträge	191 946	100
Aufwand		
Betriebsaufwand und Zumietung bei Veranstaltungen	17 339	9.94
Einkauf Getränke für Veranstalter	15 390	8.82
Löhne, Honorare und Sozialleistungen	49 241	28.23
Betriebseinrichtung (Unterhalt, Reparaturen)	18 737	10.74
Bareinrichtung (Unterhalt, Reparaturen)	1 555	0.89
Projekt Blinde Insel	48 681	27.90
Versicherungen und Gebühren	3 398	1.95
Energie + Entsorgung	5 000	2.87
Büromaterial, Telefon, EDV, Beratung, Werbung	3 377	1.94
Übriger Betriebsaufwand und Abschreibungen	11 684	6.70
Finanzaufwand	32	0.02
Tota Aufwand	174 434	100
Gesamtergebnis 2004	+17 512	

Der Gewinn wird auf die Rechnung 2005 vorgetragen.

Was spricht gegen die Initiative?

Die IKuR und der Trägerverein Grosse Halle haben Mietverträge wie die anderen Kulturinstitute

Die Mietzinse entsprechen den üblichen Ansätzen der StaBe. Den Zins zahlt die Stadt. Die Räumlichkeiten stehen der IKuR und dem Trägerverein somit kostenlos zur Verfügung. Dies entspricht der Regelung für alle Gebäude, welche die Stadt Kulturinstituten zur Verfügung stellt (Stadttheater, Kornhaus, Dampfzentrale, Schlachthaus). Auch wo die Stadt nicht Eigentümerin ist, werden die Kosten für den Unterhalt über die Subventionsverträge abgegolten (Historisches Museum, Kunstmuseum).

Die Beiträge der Stadt an die IKuR und den Trägerverein Grosse Halle sind bescheiden und notwendig

Die Stadt zahlt der IKuR keine direkten Beiträge für ihre Leistungen, sie deckt aber rund die Hälfte der Nebenkosten (Fr. 60000.00 im Jahr). Damit fährt die IKuR schlechter als in der Zeit vor dem Leistungsvertrag. Und sie ist deutlich schlechter gestellt als die vergleichbaren Kulturinstitute, denen gemäss den jeweiligen Verträgen die Nebenkosten vergütet und Subventionen an die künstlerischen Aufwendungen bezahlt werden.

Bescheiden ist auch der jährliche Betriebsbeitrag von Fr. 30000.00 an den Trägerverein Grosse Halle. Er dient dazu, die schwer zu bespielende Halle sinnvoll zu nutzen.

Die IKuR und der Trägerverein Grosse Halle bezahlen Steuern, Abgaben sowie Gebühren

Die IKuR (Pool) und der Trägerverein Grosse Halle sind entsprechend ihrer Tätigkeit und ihrem Umsatz gewinn- und kapitalsteuerpflichtig. Sie bezahlen Mehrwert- und Quellensteuern.

Die IKuR und die Trägerschaft Grosse Halle leben von und mit Gratisarbeit. Die wenigen Angestellten sind nach gesetzlichen Bedingungen angestellt. Für sie werden Sozialabgaben entrichtet. Die IKuR bezahlt Urheberrechtsgebühren.

Die IKuR und der Trägerverein Grosse Halle haben alle nötigen Bewilligungen

Die IKuR hat Schritt für Schritt die nötigen Bewilligungen eingeholt. Heute verfügt sie über alle, die es braucht.

Es wäre falsch, die Reitschule als einzigen Kulturbetrieb in der Gemeindeordnung zu verankern

Die Reitschule und die Grosse Halle gleichen anderen Kulturorten, mit denen die Stadt Leistungsverträge abgeschlossen hat. Geht es nach der Initiative, so würde die Reitschule als einziger Kulturort in der GO verankert – wobei offen bliebe, ob die Grosse Halle mitgemeint ist. Diese Heraushebung erscheint systematisch falsch.

Die Initiative würde die Weiterführung des heutigen Betriebs in der Reitschule verunmöglichen

Die IKuR führt die Reitschule als Kultur- und Begegnungszentrum. Sie bietet vielfältige, nicht-kommerzielle Veranstaltungen zu sozialverträglichen Preisen. Sie bietet Raum ohne Konsumationszwang für alle. Die IKuR könnte dies nicht tun, wenn sie Miete bezahlen und die vollen Nebenkosten selber finanzieren müsste. Weil der Stadt die bedeutenden kulturellen und sozialen Leistungen der IKuR wichtig sind und weil keine andere Organisation sie ersetzen könnte, bezahlt sie den Mietzins und trägt die Hälfte der Nebenkosten. Die Initiative würde dies verhindern und so zu einem spürbaren Leistungsabbau im Kultur- und Sozialbereich führen.

Stellungnahme des Initiativkomitees

In der Geschichte der 18-jährigen Besetzung der Berner Reitschule gab das umstrittene und für viele Millionen umgebaute und renovierte Gebäude immer wieder Anlass zu hitzigen Diskussionen und gewalttätigen Kundgebungen. Mehrfach wurde versucht, das illegale und chaotische Treiben in und um den grössten Berner Schandfleck zu unterbinden, das Gebäude zu räumen oder gar abzureissen.

Aus der anfänglich illegalen Besetzung wurde bis zum heutigen Tag ein primär von linken und alternativen Bevölkerungsschichten besuchtes und mit jährlich rund 650 000 Franken subventioniertes «autonomes Kultur- und Begegnungszentrum». Nach schwierigen Verhandlungen zwischen den Reitschulbetreibern (IKuR) und den städtischen Behörden wurde schliesslich ein Leistungs- und Mietvertrag ausgehandelt.

Warum eine neue Reitschul-Initiative?

Dieser Leistungsvertrag entspricht nicht den Vorstellungen des Initiativkomitees. So gibt es in der Reitschule verschiedene Einrichtungen, die im Leistungsvertrag nicht aufgeführt sind und auch nichts mit dem Grundauftrag der Reitschule – nämlich dem Erbringen von kulturellen und sozialen Leistungen – zu tun haben. Die Reitschulbetreiber erwirtschaften gerade in diesen Bereichen namhafte finanzielle Umsätze. Dazu gehören u.a. das Betreiben einer Druckerei sowie einer Reparatur-Werkstatt. Fraglich ist auch, ob und wie das Restaurant «Sous-le-pont» und die anderen Restaurationsbetriebe einen kulturellen Auftrag erfüllen.

Keine Sonderrechte dank der Reitschul-Initiative

Die Reitschul-Initiative will die Gemeindeordnung dahin gehend ergänzen, dass die

Stadt Bern den Reitschul-Betreibern für die Nutzung der Gastgewerbebetriebe, Wohn- und Geschäftseinrichtungen ortsübliche Mietzinse und Nutzungsgebühren in Rechnung stellt. Weiter soll in der Gemeindeordnung (GO) festgeschrieben werden, dass die Betreiber wie alle Gewerbetreibenden und Mittelstandunternehmen die gesetzlich vorgeschriebenen Steuern, Abgaben und Gebühren zu entrichten haben und alle notwendigen Bewilligungen einzuholen sind.

In der Reitschule wird Geld verdient

Bereits die Einreichung der Initiative hat massiven Druck auf die Reitschulbetreiber ausgelöst. Zum ersten Mal haben die Betreiber im Mai dieses Jahres der Öffentlichkeit einen Jahresbericht mit umfangreichem Zahlenmaterial präsentiert. Die präsentierten Zahlen sollen beweisen, dass die Reitschule bereits heute alle gesetzlich vorgeschriebenen Steuern, Gebühren und Abgaben sowie Miete bezahlen. Die Zahlen beweisen aber vor allem eines: In der Reitschule wird sehr viel Geld umgesetzt und auch Geld verdient. Alleine das «Sous-le-pont» erwirtschaftet jährlich einen Umsatz von schätzungsweise 1,5 Millionen Franken. Man kann davon ausgehen, dass dies einen Reingewinn zwischen 600 000–800 000 Franken ergibt!

Undurchsichtiger Zahlensalat

Die Zahlen werfen mehr Fragen auf, als dass sie Antworten geben. Die Finanzierungsflüsse und Quersubventionen bleiben aufgrund der komplexen inneren Organisation weitgehend verborgen. Geordnete Buchhaltungsabläufe fehlen weitgehend. So muss auch der Gemeinderat eingestehen, dass es keine Gesamtrechnung über alle Kosten und Erträge des Reitschulbetriebes gibt. Die in der vorliegenden Abstimmungsbotschaft präsentierten

tierte Gesamtschau von Aufwand und Ertrag ist ein zusammengebastelter Zahlensalat, ohne Transparenz und direkte Vergleichsmöglichkeiten. Entspricht dies tatsächlich einer kaufmännisch geführten Buchhaltung gemäss Obligationenrecht, wie dies im Leistungsvertrag vereinbart wurde? Entscheiden Sie selbst...

Seltene Widersprüche

Einerseits behaupten die Betreiber und der Gemeinderat, alle Forderungen der Initiative seien bereits erfüllt und diese deshalb überflüssig. Auf der anderen Seite wird argumentiert, bei einer Annahme der Initiative werde die Weiterführung des heutigen Betriebs in der Reit-

schule verunmöglicht. Eine fürwahr seltsame Argumentation.

Vertrauen entsteht nicht über Nacht

Jahrelang wurden Steuerzahler und Stimmbürger von der IKuR an der Nase herumgeführt. Allzu oft wurden Abmachungen nicht eingehalten und im Bereich von Sicherheit, Drogenhandel und -konsum bestehen noch heute grosse Defizite. Nun soll alles anders sein? Deshalb ist es wichtig, dass die vorgenannte Ergänzung in der Gemeindeordnung verankert wird, denn nur diese garantiert für die Zukunft angemessene Instrumente zur Kontrolle des Reitschulbetriebes.

Mehrheits- und Minderheitsstandpunkte im Stadtrat

Argumente für die Initiative

- Allzu oft wurden Abmachungen seitens der Reitschule nicht eingehalten. Im Bereich von Sicherheit, Drogenhandel und Konsum bestehen noch heute grosse Defizite. Aus diesen Gründen ist es wichtig, dass die vorgeschlagenen Ergänzungen in der Gemeindeordnung verankert werden, denn nur dies garantiert uns für die Zukunft angemessene Instrumente zur Kontrolle des Reitschulbetriebs.

Argumente gegen die Initiative

- Die Initiative rennt in Bezug auf Abgaben und Bewilligungen offene Türen ein. Das, was die Initiative verlangt, ist grösstenteils in den Leistungsverträgen festgehalten.
- Die Annahme der Initiative hätte schwerwiegende Auswirkungen auf den Betrieb der Reitschule. Die vielseitige alternative Kultur und der Begegnungsort ohne Konsumzwang wären nicht mehr möglich.
- Der Titel dieser Initiative ist bewusst irreführend. Sie verlangt nicht eine Gleichstellung von allen von der Stadt subventionierten Kulturbetrieben. Sie will Sonderbestimmungen nur für die Reitschule.
- Eine Sonderhervorhebung der Reitschule in der Gemeindeordnung passt nicht in die Verfassung einer Stadt. Eine Verfassung sollte nicht unnötigerweise mit Ballast gefüllt werden.

**Abstimmungsergebnis:
16 Ja-Stimmen, 57 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen**

Antrag

Gestützt auf die vorliegende Abstimmungsbotschaft empfiehlt der Stadtrat den Stimmberechtigten mit 16 Ja- gegen 57 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen folgenden

Beschluss

zu fassen:

Die Initiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule» wird abgelehnt.

Bern, 25. August 2005

Im Namen des Stadtrats

Der Stadratspräsident:
Philippe Müller

Die Ratssekretärin:
Dr. Annina Jegher

Anhang

Leistungsvertrag vom 22. Juli / 3. September 2003 zwischen der Stadt Bern und der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule.

Anhang

Leistungsvertrag

zwischen

der **Stadt Bern**, vertreten durch die Präsidialdirektion, Junkerngasse 47, Postfach 3000 Bern 8 – nachstehend **Stadt** genannt

und

der **Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule**, handelnd durch den Vorstand, – nachstehend **IKuR** genannt

gestützt auf

- Artikel 17 Absatz 2 der Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998¹
- das Reglement vom 30. Januar 2003¹ für die Übertragung öffentlicher Aufgaben auf Dritte und den Abschluss von Leistungsverträgen;
- die Verordnung vom 7. Mai 2003² für die Übertragung öffentlicher Aufgaben auf Dritte und den Abschluss von Leistungsverträgen;
- die Statuten des Vereins in ihrer Fassung vom 11. Juni 2002.

1. Kapitel: Allgemeines

Art. 1 Grundsatz

- ¹ Die IKuR betreibt die Reitschule (ohne Grosse Halle).
- ² Die vereinbarten Leistungen dieses Vertrages basieren auf den Statuten der IKuR.
- ³ Die Stadt anerkennt die künstlerische Freiheit und die Programmfreiheit der IKuR.

Art. 2 Rahmen

- ¹ Die Stadt unterstützt die IKuR in ihrem statutarischen Zweck, namentlich für das Erbringen der Leistungen gemäss Artikel 3ff., durch Ausrichtung eines jährlichen Globalbeitrags (Abgeltung).
- ² Die IKuR setzt den Leistungsauftrag gemäss Artikel 3ff. in eigener Verantwortung um.

¹ SSSB 101.1

¹ UeR; SSSB 152.03

² UeV; SSSB 152.031

2. Kapitel: Leistungen der IKuR

1. Abschnitt: Hauptleistungen

Art. 3 Angebote und Tätigkeiten

Die IKuR betreibt in der Reitschule ein Kultur- und Begegnungszentrum. Das von der Stadt unterstützte Angebot umfasst u.a. folgende Aktivitäten bzw. Einrichtungen:

Bee-flat	Sonntag-Abend-Konzertveranstaltungsreihe (Jazz, Weltmusik, zeitgenössische Mischformen), monatliche Discos
Cafeteria	Begegnungsort mit der spezifischen Zielsetzung, Jugendliche für die aktive Mitarbeit in der Reitschule zu gewinnen
Dachstock eFluss	Veranstaltungsraum mit Konzerten, Discos, Performances Bar-Treffpunkt mit diversen Veranstaltungen für den politisch-kulturellen Austausch. Regelmässige Veranstaltungen für die Kontaktpflege mit anderen – insbesondere auch Reitschule externen – Gruppen
Frauenraum	Frauenkultur in Konzerten, Theater, Performances, Filmen, Ausstellungen, Lesungen, Diskussionen und Happenings
Kino	Studiofilmclub mit thematisch gestalteten Filmreihen, Festivals und Rahmenveranstaltungen, Kinobar
Remise Körper Dojo	Raum für Körperarbeit und Körperschulung. Proben, Trainings und Workshops in den Bereichen Tanz, Theater, Gymnastik, Kampfsport, etc.
Soul le pont	Selbstverwaltetes Restaurant mit biologischer Küche als Treffpunkt für alle, «Offene Bühne» für kulturelle Veranstaltungen
Tojo Theater	Raum für freie Theaterschaffende und -gruppen mit einem Programm in der Balance zwischen professionellem und semi-professionellem Theaterschaffen

Art. 4 Leistungsmerkmale

¹ Die verschiedenen Einrichtungen und Aktivitäten werden von Arbeitsgruppen getragen.

² Die Reitschule und ihr Angebot stehen allen sozialen Gruppen offen. Die Eintritts- und Konsumationspreise sind sozialverträglich. Es besteht kein Konsumationszwang.

³ Die IKuR

- ermöglicht verschiedensten Bevölkerungsgruppen die Mitarbeit bei der Programmgestaltung und der Organisation der Reitschule.
- arbeitet mit anderen Institutionen und Organisationen beim Entwickeln und beim Durchführen von Projekten und Veranstaltungen zusammen, insbesondere mit dem Verein Trägerschaft Grosse Halle;
- fördert die Zusammenarbeit zwischen arrivierten und weniger erfahrenen Kulturschaffenden;
- fördert den interkulturellen Austausch;
- nimmt Rücksicht auf die Anwohnerinnen und Anwohner.

2. Abschnitt: Weitere Leistungen

Art. 5 Kommunikation der Leistung der Stadt

Die IKuR weist in ihren Publikationen und im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit in geeigneter Weise auf die gemäss diesem Vertrag geleistete Unterstützung durch die Stadt hin.

3. Kapitel: Personal / Infrastruktur

1. Abschnitt: Personal

Art. 6 Anstellungsbedingungen

Die IKuR ist für das Personalwesen verantwortlich. Sie garantiert die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen (insbesondere OR, ArG, GIG, DSG) und vertraglichen Vereinbarungen.

2. Abschnitt: Infrastruktur

Art. 7 Räume, Infrastruktur, Bewilligungen

¹ Die stadbauten-bern stellen der IKuR die Reitschule (ohne Grosse Halle) mietweise zur Verfügung. Der Mietvertrag zwischen stadbauten-bern und der IKuR ist bezüglich Laufzeit und Geltungsperiode mit diesem Leistungsvertrag identisch.

² Die IKuR verpflichtet sich, die erforderlichen Bewilligungen im Zusammenhang mit dem Betrieb der Reitschule (ohne Grosse Halle) einzuholen.

4. Kapitel: Mitwirkungsrechte der Stadt

Art. 8 Statuten, Leitbilder und Reglemente

Änderungen von Statuten, Leitbildern und Reglementen des Vereins werden der Stadt zur Kenntnis gebracht.

Art. 9 Controlling

¹ Die IKuR erstattet der Stadt nebst den in Artikel 14 verlangten Unterlagen jährlich schriftlich über ihre Tätigkeiten Bericht. Basis hierzu bilden die mit dem Leistungsvertrag gesetzten Ziele und Leistungen.

² Die gemäss Artikel 10 Absatz 1 und Artikel 14 verlangten Unterlagen bilden die Basis für das jährlich spätestens bis Ende Juni durchzuführende Controlling-Gespräch zwi-

schen der IKuR und der Stadt. Dieses Controlling-Gespräch orientiert sich auch am Anhang der gemeinderätlichen Controlling-Richtlinien im Bereich der Kulturförderung in der Stadt Bern vom 17. September 1997.

Art. 10 Austausch und Zusammenarbeit

Mit periodischen Gesprächen zwischen der Stadt und der IKuR wird der kontinuierliche Austausch und die gute Zusammenarbeit sichergestellt.

5. Kapitel: Finanzen

1. Abschnitt: Abgeltung

Art. 11 Pauschale Abgeltung

Die Stadt leistet eine globale Abgeltung von Fr. 378 780.– pro Kalenderjahr, d. h. insgesamt Fr. 1 515 120.– für die Vertragsperiode. Davon wird die Summe

- a) von Fr. 318 780.–, entsprechend der von der IKuR den stadtbauten-bern gemäss Mietvertrag geschuldete Mietzins (Art. 7 Abs. 1) jährlich im voraus per 1. Januar an die stadtbauten-bern und
- b) von Fr. 60 000.– als gebundener Beitrag an die Kosten für die Hauswartsaufgaben bzw. für die Heiz- und Nebenkostenverwaltung jährlich im voraus per 1. Januar an die IKuR überwiesen.

2. Abschnitt: Betriebsfinanzierung

Art. 12 Überschüsse und Fehlbeträge

Überschüsse und Fehlbeträge sind Sache der IKuR.

Art. 13 Rückerstattungspflicht bei Vereinsauflösung

Im Fall der Vereinsauflösung während der Laufzeit des Vertrags ist das nach dem Erfüllen aller Forderungen verbleibende Vermögen im Umfang des Anteils der städtischen Abgeltung am Gesamtaufwand des vollen letzten Rechnungsjahres an die Stadt zurückzuzahlen.

3. Abschnitt: Finanzcontrolling

Art. 14 Rechnungsführung und Einsichtsrecht

¹ Die IKuR führt eine kaufmännische Buchhaltung gemäss Artikel 957ff. OR.

² Die IKuR stellt der Stadt jährlich bis Ende Juni die von ihr genehmigte und von einer Revisionsstelle gemäss Artikel 727ff. OR geprüfte Jahresrechnung samt Jahresbericht und das Budget für das Folgejahr zu. Beizulegen sind zudem der Bestätigungsbericht sowie allfällige weitere Berichte der Revisionsstelle.

³ Die Stadt ist berechtigt, jederzeit in alle Geschäftsunterlagen der IKuR Einsicht zu nehmen.

6. Kapitel: Konfliktregelung

Art. 15 Verhandlungspflicht

¹ Entstehen aus der Handhabung des Vertrags Konflikte, sind die Parteien zum Verhandeln verpflichtet.

² Kann keine Einigung erzielt werden, können die Vertragsparteien den Rechtsweg nach dem kantonalen Gesetz vom 23. Mai 1989¹ über die Verwaltungsrechtspflege beschreiten.

Art. 16 Nicht betroffene Leistungen

Vom Konflikt nicht betroffene Leistungen dürfen nicht verweigert werden.

7. Kapitel: Schlussbestimmungen

Art. 17 Laufzeit der Vereinbarung

¹ Dieser Vertrag tritt am 1. Januar 2004 in Kraft und gilt unter Vorbehalt von Artikel 18 bis zum 31. Dezember 2007.

² Die Parteien erklären die Absicht, rechtzeitig vor Ende der Laufzeit Verhandlungen über den Abschluss einer Folgevereinbarung aufzunehmen.

Art. 18 Vorzeitige Vertragsauflösung

¹ Bei Vertragsverletzungen durch die IKuR kann die Stadt den Vertrag vorzeitig kündigen. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Verein

- a. die Leistung trotz vereinbarter Massnahmen nicht oder nicht mehr erbringt;
- b. der Stadt falsche Auskünfte erteilt;
- c. Steuern oder Sozialabgaben nicht bezahlt hat;
- d. sich in einem Konkursverfahren oder in einem aussergerichtlichen Nachlassverfahren befindet oder von Gesetzes wegen aufgelöst wird (Art. 77f Zivilgesetzbuch).

¹ BSG 155.21

² Sparmassnahmen der Stadt gelten nicht als wichtige Gründe für eine vorzeitige Vertragsauflösung.

³ Die Kündigungsfrist bei einer vorzeitigen Kündigung gemäss Absatz 1 beträgt 3 Monate auf Ende eines Monats.

Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule

Stadt Bern

Botschaft des Stadtrats an die Stimmberechtigten

Produktgruppen-Budget 2006 der Stadt Bern

2006

Erläuterung verwendeter Begriffe

Produktegruppen-Budget (PGB): Darin werden die Kosten und Erlöse einer Rechnungsperiode in Dienststellen, Produktegruppen und Produkten zusammengefasst, wobei die Nettokosten/-erlöse pro Dienststelle die zentrale finanzielle Steuerungsgrösse (Globalkredit) darstellen.

Globalbudget/-kredit: Die Dienststellen einer Direktion verfügen über einen Nettokredit, was ihnen mehr Spielraum und Flexibilität bei der Aufgabenerfüllung gibt. Eine Dienststelle führt in der Regel mehrere Produktegruppen.

Produktegruppe: Sie enthält einzelne Produkte, Leistungs- und Wirkungsziele, Steuerungsvorgaben und Kennzahlen.

Cashflow: Erarbeitete Mittel, die für die Eigenfinanzierung von Investitionen und zur Abschreibung von Bilanzfehlbeträgen zur Verfügung stehen.

Abschreibungen: Buchhalterische Wertverminderung (Amortisation) auf Investitionen wie Bauten, Anlagen, EDV-Systemen usw. des Verwaltungs- und des Finanzvermögens. Ausserdem ist der Bilanzfehlbetrag abzuschreiben.

Abstimmungsempfehlung des Stadtrats

Der Stadtrat empfiehlt den Stimmberechtigten mit 41 Ja- gegen 22 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen, dem Produktegruppen-Budget der Stadt Bern für das Jahr 2006 zuzustimmen.

Inhalt	Seite
Das Wichtigste im Überblick	25
Haushaltgleichgewicht	28
Finanzplan 2006–2009	29
Woher kommt das Geld? Wohin geht das Geld?	30
Übersicht über die Nettokosten	31
Finanzierung der Aufgaben	36
Mehrheits- und Minderheitsstandpunkte im Stadtrat	37
Antrag	38

Mehr Informationen

Wer zusätzliche Informationen zum Produktegruppen-Budget der Stadt Bern wünscht, wende sich an die

Stadtkanzlei
Junkerngasse 47 (Erlacherhof)
Telefon 031 321 62 10
E-Mail: stadtkanzlei@bern.ch
Internet: www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/information/publikationen/finanzplan

Bei der Stadtkanzlei wie im Internet können das detaillierte Zahlenmaterial zum Budget 2006, das Investitionsbudget 2006 und der Finanzplan für die Jahre 2006 – 2009 eingesehen werden.

Das Wichtigste im Überblick

Trotz steigenden Ausgaben ist der Voranschlag der Stadt Bern auch für das Jahr 2006 ausgeglichen. Dies ist nebst etwas höheren Steuereinnahmen vor allem einem einmaligen Buchgewinn zu verdanken.

Aufwand und Ertrag sind mit je 938,4 Mio. Franken budgetiert. Der Voranschlag in der Form des 3. Produktegruppen-Budgets (PGB) ist also ausgeglichen. Er enthält eine weitere Abschreibungstranche von 18,6 Mio. Franken auf dem zwischen 1990 und 1998 aufgelaufenen Bilanzfehlbetrag von gegenwärtig noch 189,6 Mio. Franken (Ende 2005).

Das ausgeglichene Produktegruppen-Budget ist nebst etwas höheren Steuererträgen von 8,6 Mio. Franken dem Verkauf der städtischen Beteiligungen an verschiedenen Wohnbaugesellschaften an den Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik zu verdanken, der zu einem Buchgewinn von 9 Mio. Franken führt. Neu ins PGB aufgenommene Haushaltverbesserungsmassnahmen entlasten das Budget um 1,5 Mio. Franken, wovon rund 1 Mio. Franken auf die Umsetzung der Regierungs- und Verwaltungsreform 2004 (RVR 2004; 5 statt 7 Direktionen) entfällt.

Damit die Zahlen der letzten Jahre der einzelnen Dienststellen, Produkte und Produktegruppen miteinander verglichen werden können, mussten die Vorjahreszahlen ebenfalls an die Regierungs- und Verwaltungsreform 2004 mit ihrer Reduktion von 7 auf 5 Direktionen angepasst werden. Veränderungen sind zudem in folgenden Dienststellen und Produktegruppen zu verzeichnen:

Gemeinde und Behörden: Im Rahmen der RVR 2004 ist mit der Abteilung Kommunikation eine neue Stabsstelle des Gemeinderats gebildet worden. Zudem hat das Finanzinspektorat von der Präsidialdirektion hierhin gewechselt.

Präsidialdirektion: Mit der RVR 2004 ist die Abteilung Stadtentwicklung geschaffen worden. Im Bereich Kulturelles ist die Bildung eines Fonds zur Finanzierung von Kulturprojekten, die insbesondere dem Image der Stadt Bern dienen, zu vermerken.

Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie: Die Nettokostenzunahme von 1,2 Mio. Franken ist auf die Zunahme der Personalkosten (Teuerung, Pensionskasseneinkauf +2,6 Mio. Franken) und auf die höhere Gewinnablieferung aus der Gasversorgung des ewb zurückzuführen (1,5 Mio. Franken). Beim Amt für Umweltschutz ist das Produkt «Energistadt» neu ins Budget aufgenommen worden.

Direktion für Bildung, Soziales und Sport: Der Anstieg von knapp 12 Mio. Franken im Schulamt ist darauf zurückzuführen, dass nebst höheren Lohnkosten der Lehrerschaft (u.a. Auswirkungen aus der Sanierung der Lehrerversicherungskasse +1 Mio. Franken) vor allem die Einführung des neuen Mietmodells der Stadtbauten Bern bei stark steigenden Nebenkosten zu Buche schlagen (+8,6 Mio. Franken).

Die Mehrkosten im Sozialamt resultieren aus einer erneuten Fallzunahme von geschätzten 2% sowie der Einführung der neuen SKOS-Richtlinien (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) durch den Regierungsrat, wofür 1,5 Mio. Franken berücksichtigt worden sind.

Im Jugendamt sind wiederum für 0,8 Mio. Franken 40 zusätzliche Tagesbetreuungsplätze vorgesehen; zudem ist das Pilotprojekt und neue Produkt «Pinto» (für Prävention, Intervention, Toleranz +0,7 Mio.

Franken) für weitere Kostensteigerungen mitverantwortlich.

Im Alters- und Versicherungsamt sind die sinkenden Nettokosten vor allem auf tiefere Kapital- und Infrastrukturkosten der Heime (-2,3 Mio. Franken) zurückzuführen.

Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün: Gegenüber dem Vorjahr steigen die Nettokosten um 6,5 Mio. Franken, zurückzuführen auf höhere Miet- und Mietnebenkosten der Stadtbauten (+5 Mio. Fr., davon Übernahme des Produkts «Brunnen, Wartehallen, WC-Anlagen» mit 2,6 Mio. Franken inkl. WC-Neuanlagen Waisenhaus- und Casinoplatz) sowie höhere anteilige Passivzinsen. Verkehrsplanung und Stadtplanung (letztere neu bei der Präsidialdirektion) sind 2005 getrennt worden, wobei die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs mit einem Nettoaufwand von 4 Mio. Franken (wie bisher) in die Verkehrsplanung integriert worden ist.

Direktion für Finanzen, Personal und Informatik: Der um rund 27 Mio. Franken (Vorjahr 19,5) höhere Nettoertrag hat verschiedene Ursachen. Positiv wirken sich höhere Steuereinnahmen (+8,6 Mio. Franken), der Verkauf der Anteile an Wohnbaugesellschaften (+9 Mio. Franken) sowie die Gewinnablieferung der Stadtbauten von 5,5 Mio. Franken (Vorjahr 0) aus. Zudem konnten tiefere Kosten für die Vermögens- und Schuldenbewirtschaftung (minus 3,2 Mio. Franken) und Finanzausgleichsbeiträge (minus 3,7 Mio. Franken) budgetiert werden. 2006 erstmals hier veranschlagt wurde das Beschaffungsbüro (vorher bei der aufgelösten Direktion HSE) sowie der von den Stadtbauten verrechnete Kirchenunterhalt (1,5 Mio. Franken, ohne Münster). Zudem resultiert aus der Neuvergabe des Anzeigers Region Bern eine Ertragseinbusse von knapp 0,9 Mio. Franken.

Für **Leistungsausbau und neue Aufgaben** sind im Voranschlag 2006 zusätzliche Mittel in der Höhe von 7,2 Mio. Franken eingestellt worden. Am stärksten fallen dabei Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit (2,3 Mio. Franken) ins Gewicht, aber auch der neue Kulturfonds (0,3 Mio. Franken), das Angebot von 20 neuen Lehrstellen (0,3 Mio. Franken), 40 weitere Tagesbetreuungsplätze (0,8 Mio. Franken) sowie die Projekte «Pinto» (0,7 Mio. Franken) und die neuen WC-Anlagen am Waisenhaus- und Casinoplatz (0,8 Mio. Franken).

Analysiert man die **Abweichungen bei den sogenannten Sacharten**, kommt man zu folgenden Ergebnissen:

Der **Personalaufwand** steigt mit 3,6% oder 10,5 Mio. Franken, zu je 1/3 zurückzuführen auf die Teuerung (veranschlagt wurden 1%), eine erhöhte Tilgungsrate für die Annuitätenschuld bei der Personalvorsorgekasse sowie auf neue Aufgaben und Leistungsausbau.

Der gesamte **Sachaufwand** steigt um 20,9 Mio. Franken, wobei 17,5 Mio. auf die von den Stadtbauten gemäss ab 2006 gültigem Rahmenvertrag zu verrechnenden kostendeckenden Mieten sowie die stark steigenden Nebenkosten zurückzuführen sind.

Die **Passivzinsen** sinken dank Schuldenabbau weiter (-5,4 Mio. Franken), die **Abschreibungen auf dem altrechtlichen Bilanzfehlbetrag** sind gemäss Finanzplan eingestellt, aber um 2,1 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr reduziert worden. Der Anstieg bei den **Entschädigungen an die Gemeinwesen** ist in erster Linie auf höhere Beiträge an den Kanton für den Lastenausgleich und die Besoldung der Lehrerschaft (inkl. Sanierungsbeiträge an die Pensionskasse BLVK) zurückzuführen. Bei den um 1% steigenden **eigenen Beiträgen** liegt die Ursache jedoch bei der Zunahme der Sozialhilfeleistungen und bei höheren Kulturbeiträgen, vermindert um voraussichtlich geringere Finanzausgleichszahlungen.

Im Ertragsbereich kann mit 2,2% höheren **Steuererträgen** gerechnet werden (8,6 Mio. Franken mehr). Auch die **Rückerstattungen von Gemeinwesen** nehmen infolge höherer anrechenbarer Kosten in den verschiedenen Lastenausgleichssystemen um 6,5% oder 12,4 Mio. Franken zu, ebenso die **Beiträge für eigene Rechnung**, da im Gegensatz zu 2005 die Stadtbauten und der Gasbereich von Energie Wasser Bern (ewb) wiederum Gewinn abwerfen sollen (insgesamt +7 Mio. Franken). Die Gewinnablieferung aus Stromlieferungen bleibt mit 32,4 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Sinkende Konzessionserträge (Anzeiger Region Bern) und Gebühren werden mehr als kompensiert durch steigende **Vermögenserträge** in der Höhe von 7,3 Mio. Franken (Buchgewinn aus geplantem Verkauf städtischer Beteiligungen an Wohnbaugesellschaften, vermindert um sinkende Darlehenszinsen).

Der Cashflow nimmt infolge sinkender Abschreibungen um 2,5 Mio. Franken auf 45,1 Mio. Franken ab. Damit lassen sich wie im Vorjahr knapp 70% der Investitionen im steuerfinanzierten Haushalt selber finanzieren.

Aus der planmässig weitergeführten Umsetzung der Haushaltverbesserungsmassnahmen wird der Voranschlag 2006 zusätzlich um 1,5 Mio. Franken entlastet, wovon knapp 1 Mio. Franken auf die Regierungs- und Verwaltungsreform 2004 zurückzuführen sind.

Mit dem Voranschlag 2006, dem dritten Produktegruppen-Budget der Stadt Bern, wird nur noch für **fünf Direktionen** ein Budget auf der Basis von Produktegruppen und Produkten mit entsprechenden Zielsetzungen, Steuerungsvorgaben und Kennzahlen geführt.

Zwecks Vergleichbarkeit mit den früheren Jahren sind die Vorjahreszahlen entsprechend an die neue Struktur angepasst worden.

Budget-Kennzahlen in Franken

	2006	2005
Ertrag	938,4 Mio.	896,9 Mio.
Aufwand	938,4 Mio.	896,9 Mio.
Defizit	0,0 Mio.	0,0 Mio.
Cashflow	45,4 Mio.	47,6 Mio.
Steueranlage	1,54	1,54

Haushaltgleichgewicht

In den letzten Jahren konnten trotz Ertragsausfällen und tieferen Steuererträgen (infolge Steuerteilungen) die jährlich budgetierten 20,8 Mio. Franken auf dem Bilanzfehlbetrag abgeschrieben werden. Der Weg zum Haushaltgleichgewicht wird mit dem vorliegenden ausgeglichenen Voranschlag weiterverfolgt, auch wenn dieser dank dem Verkauf der Beteiligungen an Wohnbaugesellschaften mit einem einmaligen Buchgewinn verbunden ist. Zur Zeit besteht nach wie vor ein Vorsprung auf die Abschreibungsvorgaben des Regierungsrats von 16,1 Mio. Franken, sofern die im Budget 2005 mit 20,7 Mio. und die im vorliegenden Budget 2006 eingestellten 18,6 Mio. Franken Abschreibungen tatsächlich vorgenommen werden können.

Im Finanzplan 2006–2009 des Gemeinderates sind mit Wirkung ab 2006 und später folgende die Stadtrechnung entlastenden Massnahmen enthalten:

- Die Ergebnisverbesserung aus den beschlossenen Massnahmen zur Haushaltverbesserung im Ausmass von restanzlich 1,5 Mio. Franken.
- Ein genereller Sparauftrag an die Stadtverwaltung von 5,0 Mio. Franken im 2007, von 10,0 Mio. Franken im 2008 und 2009.
- Stabile Gewinnablieferungen der Anstalt Gemeindeunternehmung Energie Wasser Bern.
- Eine Gewinnablieferung der Gemeindeunternehmung Stadtbauten Bern.
- Ein voraussichtlicher Buchgewinn von 3,1 Mio. Franken aus der Umsetzung des Spitalversorgungsgesetzes 2007.
- Die geforderte erhöhte Abgeltung der Zentrumslasten ab 2007 (+10,7 Mio. Franken), 2008 (+16,1 Mio. Franken) und 2009 (+21,5 Mio. Franken).

Berücksichtigt sind als Erschwernisse auch

- die Wiedererhöhung der vorübergehend reduzierten Abzahlungsleistungen (Jahresannuitäten) für die Tilgung der Restschuld aus Teuerungszulagen-Einbauten in die Personalvorsorgekasse von 3,5 Mio. Franken ab dem Jahr 2006,
- die Ausfinanzierung der Pensionskassen-Deckungslücke und -Annuitäten für die eventuelle Kantonalisierung der Stadtpolizei im Jahr 2008 mit insgesamt 10,5 Mio. Franken sowie
- die erwartete, leicht anziehende Teuerung bei den Personalkosten (2006–2009 je 1%, ausmachend 3 Mio. Franken jährlich).

Die aufgelaufenen Bilanzfehlbeträge werden gemäss kantonalen Vorschriften und gemäss Finanzplan 2006–2009 jährlich um weitere 19 Mio. Franken abgebaut. Allfällige Rechnungsüberschüsse müssen ebenfalls zur Abschreibung des Bilanzfehlbetrags verwendet werden.

Bei einer Steueranlage von unverändert 1.54 ergeben sich folgende Plandaten im Finanzplan:

2007: Überschuss von	0,9 Mio. Franken
2008: Defizit von	8,3 Mio. Franken
2009: Überschuss von	13,8 Mio. Franken

Diese mutmasslichen Rechnungsergebnisse hängen jedoch stark von der wirtschaftlichen Entwicklung, der erfolgreichen Umsetzung des generellen Sparauftrags an die Stadtverwaltung sowie den vom Regierungsrat zusätzlich zu sprechenden Mitteln zum Ausgleich der Zentrumslasten ab.

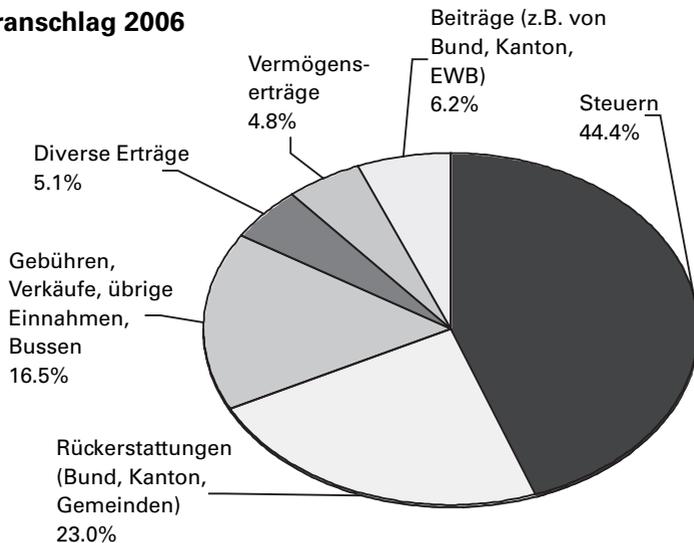
Finanzplan 2006–2009

Entwicklung der Laufenden Rechnung bei Steueranlage 1,54

	Voranschlag	Planjahre		
	2006	2007	2008	2009
3 Aufwand	938'428'811	951'215'613	954'882'461	945'674'511
30 Personalaufwand	300'250'586	305'096'552	290'546'189	283'408'759
31 Sachaufwand	136'773'759	138'914'689	136'472'636	136'248'228
32 Passivzinsen	45'164'560	42'692'500	42'487'000	42'158'250
33 Abschreibungen	51'852'703	54'989'489	62'689'141	56'094'102
<i>davon Bilanzfehlbetrag altrechtlich</i>	<i>18'585'767</i>	<i>19'000'000</i>	<i>19'000'000</i>	<i>19'000'000</i>
35 Entschädigungen an Gemeinwesen	85'941'778	90'288'210	91'571'329	92'565'045
36 Eigene Beiträge	256'833'268	258'521'390	269'819'244	273'254'071
37 Durchlaufende Beiträge	6'209'800	5'529'800	5'529'800	5'529'800
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen	3'597'705	3'282'832	3'586'481	4'140'500
39 Interne Verrechnungen	51'804'652	51'900'151	52'180'641	52'275'756
4 Ertrag	938'428'811	936'447'844	920'457'508	928'016'363
40 Steuern	390'805'000	388'358'825	395'562'707	405'166'648
41 Regalien Konzessionen	6'743'500	6'943'500	6'943'500	6'943'500
42 Vermögenserträge	42'007'775	32'991'250	32'991'555	33'091'864
43 Entgelte	145'164'223	146'943'966	131'408'537	132'268'043
44 Anteile/Beitr.ohne Zweckbestimmung	36'120'000	36'120'000	36'620'000	36'620'000
45 Rückerstattungen von Gemeinwesen	202'970'181	212'403'256	197'385'125	200'943'425
46 Beiträge für eigene Rechnung	54'944'484	54'789'043	54'719'378	54'699'718
47 Durchlaufende Beiträge	6'209'800	5'529'800	5'529'800	5'529'800
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	1'659'196	468'053	7'378'053	328'053
49 Interne Verrechnungen	51'804'652	51'900'151	51'918'853	52'425'312
Zwischenergebnis (Defizite)	0	14'767'769	34'424'953	17'658'148
Geforderte Abgeltung Zentrumslasten		10'680'000	16'080'000	21'480'000
Genereller Sparauftrag an Stadtverwaltung		5'000'000	10'000'000	10'000'000
Ergebnis Finanzplan	Überschuss	-912'231		-13'821'852
	Defizit		8'344'953	

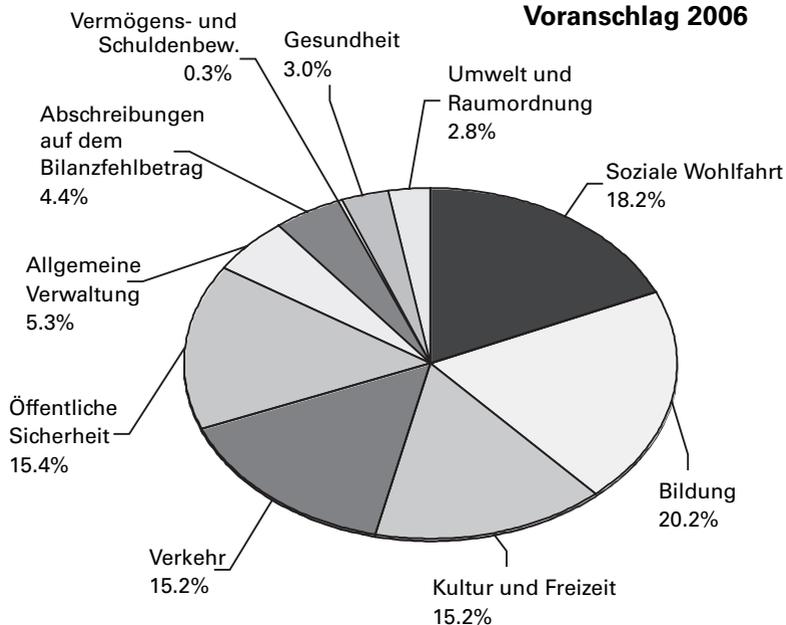
Woher kommt das Geld?

Voranschlag 2006



Wohin geht das Geld?

Voranschlag 2006



Übersicht über die Nettokosten

fett gedruckt = Globalbudgets der Dienststellen

		Budget 2006	Budget 2005
VERWALTUNGSDIREKTIONEN			
1000	GEMEINDE UND BEHÖRDEN	12'950'074.00	11'116'202.54
010	Stadtrat	1'899'630.33	1'734'675.04
	P010000 Stadtrat	1'009'859.66	899'472.00
	P010100 Ratssekretariat	889'770.67	835'203.04
020	Ombudsstelle	315'145.67	303'996.36
	P020000 Ombudstätigkeit und Datenschutz	315'145.67	303'996.36
030	Gemeinderat	3'524'068.65	3'269'196.30
	P030000 Gemeinderat	3'524'068.65	3'269'196.30
040	Stadtkanzlei	4'623'109.38	3'803'825.48
	P040000 Leistungen für Politik und Verwaltungsführung	1'980'757.92	1'620'336.64
	P040100 Dienstleistungen für Dritte	1'375'184.68	1'116'966.16
	P040200 Stadtarchiv	851'352.42	574'890.48
	P040300 Arbeitsgericht	81'777.20	160'567.96
	P040400 Mietamt	334'037.16	331'064.24
050	Kommunikation	1'009'741.44	524'099.40
	P050000 Kommunikation	1'009'741.44	524'099.40
060	Finanzinspektorat	1'578'378.53	1'480'409.96
	P060000 Revision	842'152.96	743'924.64
	P060100 Controlling	662'738.28	496'074.68
	P060200 Dienstleistungen	73'487.29	240'410.64
1100	PRÄSIDENTIALDIREKTION	45'332'869.25	43'370'334.52
100	Direktionsstabdienste, Gleichstellung und Rechtsdienst	4'130'033.17	3'764'832.52
	P100100 Leistungen für Politik und Verwaltungsführung	1'413'944.00	1'044'941.36
	P100200 Zentrale Dienste	845'154.53	871'894.28
	P100300 Gleichstellung	394'803.61	366'282.60
	P100500 Enteignungen, Bausperren	634'520.00	776'823.00
	P100600 Rechtliche Dienstleistungen	841'611.03	704'891.28
110	Abteilung Kulturelles	29'170'688.64	28'668'566.34
	P110000 Kulturförderung	29'170'688.64	28'668'566.34
120	Denkmalpflege	651'163.66	514'198.80
	P120000 Denkmalpflege	651'163.66	514'198.80
130	Abteilung Stadtentwicklung	2'249'554.50	1'636'216.42
	P130000 Stadtentwicklung und Statistik	2'249'554.50	1'636'216.42

		Budget 2006	Budget 2005
150	Bauinspektorat	1'789'016.38	1'475'861.20
	P150000 Baurechtliche Bewilligungs- verfahren/Voranfragen	1'263'662.86	1'011'801.40
	P150100 Beschwerden/Widerrechtliches Bauen	233'420.64	207'574.92
	P150200 Baurechtliche Auskünfte und Stellungnahmen/Archiv	291'932.88	256'484.88
160	Wirtschaftsamt	3'245'920.54	3'051'193.52
	P160000 Wirtschaftsförderung	3'242'895.02	3'052'773.36
	P160100 Gesuche für ausländische Erwerbstätige	3'025.52	-1'579.84
170	Stadtplanungsamt	4'096'492.36	4'259'465.72
	P170500 Stadtplanung (inkl. P170000, P170100 und P170200)	4'096'492.36	4'259'465.72
1200	DIREKTION FÜR SICHERHEIT, UMWELT UND ENERGIE	28'025'770.93	26'777'673.62
200	Direktionsstabdienste	2'452'938.72	2'290'206.96
	P200100 Leistungen für Politik und Verwaltungsführung	1'185'198.53	1'117'234.12
	P200200 Stabsdienstleistungen	1'267'740.19	1'172'972.84
210	Stadtpolizei	28'634'177.00	28'449'379.36
	P210100 Sicherheit und Ordnung	28'774'032.40	28'780'466.91
	P210200 Kriminalitätsbekämpfung	7'405'799.56	7'858'891.10
	P210300 Verkehrssicherheit	-7'545'654.96	-8'189'978.65
220	Amt für Umweltschutz und Lebensmittelkontrolle	4'182'034.15	3'436'903.16
	P220100 Umweltschutz	3'335'080.77	2'902'856.92
	P220200 Lebensmittelkontrolle	846'953.38	534'046.24
230	Polizeiinspektorat	5'899'091.88	5'746'936.40
	P230100 Dienstleistungen	1'831'396.12	2'139'930.16
	P230200 Ruhe und Ordnung	1'515'665.80	1'322'775.64
	P230300 Gewerbe, Betriebe, Markt	71'531.56	159'164.08
	P230400 Regelung des Einwohnerwesens	2'480'498.40	2'125'066.52
240	Sanitätspolizei	0.00	0.00
	P240100 Hilfeleistungen	1'202.52	37'528.28
	P240200 Übrige Dienstleistungen	-1'202.52	-37'528.28
250	Feuerwehr, Zivilschutz und Quartieramt	16'735'229.34	15'259'348.74
	P250100 Feuerwehraufgaben	11'649'500.12	11'161'162.78
	P250200 Hilfe- und Dienstleistungen	510'641.34	464'277.00
	P250300 Zivilschutz	2'217'077.80	1'113'331.56
	P250400 Quartieramt	2'358'010.08	2'520'577.40
270	Tierpark	4'054'299.84	4'026'899.00
	P270100 Tierpark	4'054'299.84	4'026'899.00

		Budget 2006	Budget 2005
290	Stadtwerke Bern	-33'932'000.00	-32'432'000.00
	P290100 Stadtwerke Bern	-33'932'000.00	-32'432'000.00
1300	DIREKTION FÜR BILDUNG, SOZIALES UND SPORT	196'961'063.23	181'480'758.13
300	Direktionsstabdienste	-89'566'593.76	-83'169'420.61
	P300100 Leistungen für Politik und Verwaltungsführung	1'911'045.60	2'211'936.10
	P300200 Fachstelle Drogenkoordination	294'318.24	472'069.20
	P300300 Zentrale Dienste	-92'226'259.76	-86'299'055.11
	P300400 Koordinationsstelle Integration	454'302.16	445'629.20
310	Sozialamt	79'472'545.17	70'597'883.00
	P310100 Soziale Einrichtungen	6'840'075.88	6'764'940.76
	P310200 Leistungen für Politik und Verwaltungsführung	176'692.00	233'202.74
	P310300 Inkasso Sozialhilfe, Bevorschussung	-1'843'615.92	-1'733'527.77
	P310400 Ambulante Sozialhilfe	66'282'650.72	59'579'678.68
	P310500 Asylkoordination	710'053.12	892'832.33
	P310600 Berufliche und soziale Integration	7'306'689.37	4'860'756.26
320	Schulamt	81'536'543.20	69'853'707.33
	P320100 Kindergärten, Volks- und Sonderschulen	72'095'687.71	60'644'665.10
	P320200 Tagesbetreuung	2'336'334.06	2'195'675.43
	P320300 Bildungsnahе Institutionen	7'104'521.43	7'013'366.80
330	Jugendamt	34'662'104.54	33'005'926.02
	P330100 Kinder- und Jugendförderung	4'803'635.84	4'564'790.88
	P330200 Ambulante Jugendhilfe	2'558'515.68	1'879'342.84
	P330300 Stationäre Jugendhilfe	531'881.56	509'537.50
	P330400 Familienergänzende Tages- betreuung für Kinder	26'768'071.46	26'052'254.80
340	Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz	7'876'750.86	7'488'481.97
	P340100 Vormundschaftspflege	707'062.56	693'088.21
	P340200 Schutz von Erwachsenen und Kindern	6'076'362.30	5'802'916.49
	P340300 Erbgangssicherung	1'093'326.00	992'477.27
350	Alters- und Versicherungsamt	61'227'750.08	63'333'761.44
	P350100 Sozialversicherungen	43'599'411.56	44'514'830.36
	P350200 Stationäre und teilstationäre Betagtenhilfe	9'844'900.80	11'590'082.16
	P350300 Ambulante Kranken- und Betagtenhilfe	7'117'226.04	6'517'065.68
	P350400 Offene Altersarbeit	666'211.68	711'783.24

		Budget 2006	Budget 2005
360	Schulzahnmedizinischer Dienst	2'471'444.49	2'348'079.44
	P360100 Schulzahnpflege	1'258'643.04	1'541'344.86
	P360200 Zahnmedizinische Leistungen	1'212'801.45	806'734.58
370	Gesundheitsdienst	3'461'214.17	3'140'109.10
	P370100 Gesundheitsvorsorge und -beratung	2'119'676.35	1'777'875.48
	P370200 Gesundheitsinformation	282'023.92	221'910.20
	P370300 Gesundheitsförderung und Prävention	1'059'513.90	1'140'323.42
380	Sportamt	15'819'304.48	14'882'230.44
	P380100 Betriebe Eis und Wasser	11'076'877.62	9'901'896.84
	P380200 Sportanlagen, Sportbetrieb	4'742'426.86	4'980'333.60
1500	DIREKTION FÜR TIEFBAU, VERKEHR UND STADTGRÜN	81'796'980.29	75'250'281.88
500	Direktionsstabsdienste	25'597'226.52	25'899'147.16
	P500100 Leistungen für Politik und Verwaltungsführung	1'241'554.64	1'234'384.96
	P500400 Zentrale Dienste	1'448'557.66	1'756'181.80
	P500500 Konzepte/Koordination öffentlicher Verkehr	22'907'114.22	22'908'580.40
510	Tiefbauamt	35'165'172.28	30'260'794.20
	P510100 Planung und Koordination	1'314'231.72	958'092.28
	P510200 Realisierung	7'572'805.12	6'377'815.16
	P510300 Betrieb und Unterhalt	28'243'748.20	24'961'139.00
	P510400 Tiefbauinspektorat	-4'885'612.76	-4'878'252.24
	P510500 Stadtbeleuchtung	2'920'000.00	2'842'000.00
520	Stadtgärtnerei / Friedhöfe	13'851'575.01	12'297'231.24
	P520100 Grünraumgestaltung	1'806'249.48	1'412'995.71
	P520200 Grünflächenpflege	8'803'104.29	8'563'691.82
	P520300 Grünkultur	966'379.61	775'629.63
	P521100 Friedhöfe	2'275'841.63	1'544'914.08
570	Vermessungsamt	1'268'163.84	1'006'925.00
	P570100 Geoinformation und Vermessung	1'268'163.84	1'006'925.00
580	Verkehrsplanung	5'914'842.64	5'786'184.28
	P580100 Verkehrsplanung	5'914'842.64	5'786'184.28

		Budget 2006	Budget 2005
1600	DIREKTION FÜR FINANZEN, PERSONAL UND INFORMATIK	-365'066'756.60	-337'995'245.87
600	Direktionsstabdienste/Telefonzentrale/ Beschaffungsbüro	1'561'240.04	1'177'621.55
	P600100 Leistungen für Politik und Verwaltungsführung	785'194.24	555'940.62
	P600200 Zentrale Dienste	498'915.61	438'065.84
	P600300 Beschaffungsbüro	277'130.19	183'615.09
610	Finanzverwaltung	11'373'964.91	27'911'285.65
	P610100 Finanzdienstleistungen Stadtverwaltung	1'374'796.78	1'643'472.48
	P610200 Vermögens- und Schuldenbewirtschaftung	-2'465'137.04	9'802'607.52
	P610400 Finanzausgleich und Beiträge	12'464'305.17	16'465'205.65
620	Liegenschaftsverwaltung	1'610'553.00	1'821'200.00
	P620100 Liegenschaften im Öffentlichen Interesse	1'629'653.00	1'961'200.00
	P621100 Rebgut Neuenstadt	-19'100.00	-140'000.00
630	Steuerverwaltung	-379'945'821.80	-371'779'666.12
	P630100 Steuerregister / Veranlagung	5'033'149.24	5'058'731.28
	P630200 Steuerinkasso	-507'074.00	-364'764.88
	P630300 Erhebung besondere Gemeindesteuern	1'391'102.96	1'166'367.48
	P630400 Steuereinnahmen	-385'863'000.00	-377'640'000.00
640	Personalamt	3'642'828.80	2'895'164.28
	P640100 Leistungen für Politik und Verwaltungsführung	64'672.92	71'613.84
	P640200 Strategische Personalarbeit	3'452'676.24	2'813'924.68
	P640300 Dienstleistungen für Dritte	125'479.64	9'625.76
650	Informatikdienste	-2'859.55	-20'851.23
	P650100 Zentrale städtische Informatik- dienstleistungen	-506.72	-2'686.50
	P650200 Entwicklung/Betrieb/ Unterhalt Anwendungen	-936.36	-11'280.76
	P650300 Entwicklung/Betrieb/ Support Kommunikation	-1'416.47	-6'883.97
660	Schul- und Büromaterialzentrale	0.00	0.00
	P660100 Handelsprodukte	-10'000.00	-18'000.00
	P660200 Drucksachenproduktion	0.00	0.00
	P660300 Dienstleistungen	10'000.00	18'000.00
690	Stadtbauten (StaBe)	-3'306'662.00	0.00
	P690100 Stadtbauten (StaBe)	-3'306'662.00	0.00

Sonderrechnungen

Die Sonderrechnungen «Stadtentwässerung», «Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik» und «Abfallentsorgung» haben ein ausgeglichenes Budget; Kosten und Erlöse sind gleich gross.

Finanzierung der Aufgaben

Steuereinnahmen

<i>in Mio Franken</i>	Aufwand 2006	Ertrag 2006	Netto 2006	Budget 2005 (netto)	Rechnung 2004 (netto)
Natürliche Personen	0,0	271,2	271,2	276,1	268,5
Gemeindesteuerteilung (Nettoertrag)	0,0	0,0	0,0	5,4	-26,7
Juristische Personen	0,0	77,7	77,7	61,4	77,6
Grundstückgewinnsteuer	0,0	5,5	5,5	5,0	7,9
Nach- und Strafsteuer	0,0	0,8	0,8	0,8	0,5
Liegenschaftssteuer	0,0	33,9	33,9	32,0	33,6
Total ordentliche Steuern	0,0	389,1	389,1	380,7	361,4
Hundetaxen	0,0	0,3	0,3	0,3	0,3
Anteile an kantonalen Steuern (Erbschafts- und Schenkungssteuer)	0,0	4,0	4,0	5,2	4,0
Abschreibungen auf Steuerguthaben	8,4	0,0	-8,4	-9,0	-9,0
Total	8,4	393,4	385,0	377,2	356,7

Gewinnablieferung Gemeindeunternehmungen

<i>in Mio Franken</i>	Aufwand 2006	Ertrag 2006	Netto 2006	Budget 2005 (netto)	Rechnung 2004 (netto)
BERNMOBIL	110,5	110,5	0,0	0,0	0,0
Energie Wasser Bern (ewb)	337,8	371,7	33,9	32,4	32,4
Stadtbauten Bern (StaBe)	52,1	57,6	5,5	0,0	0,0
Total	500,4	539,8	39,4	32,4	32,4

Mehrheits- und Minderheitsstandpunkte im Stadtrat

Argumente für die Vorlage

- Das Produktegruppen-Budget 2006 ist ausgeglichen. Die Steueranlage ist unverändert und die Stadt hat es geschafft, bei den Abschreibungen knapp 19 Mio. Franken bei den altrechtlichen Finanzfehlbeträgen zu leisten und damit den Altlastenbetrag abzubauen. Das städtische Finanzschiff ist damit auf Kurs.
- Das städtische Budget ist den Stimmbürgerinnen und -bürgern zu empfehlen. Es ist das einzig mögliche in dem Sinne, als einerseits die Rahmenbedingungen berücksichtigt und andererseits sozialpolitisch wichtige Akzente gesetzt werden. Das vorliegende Budget ist Ausdruck des finanziell Machbaren und Verantwortbaren.
- Wir begrüßen es, dass die Stadt in der gegenwärtigen Lage neue Leistungen einführen beziehungsweise ausbauen kann. Dies vor allem im sozialen Bereich mit dem Kompetenzzentrum Arbeit, vermehrten Lehrstellen, Sozialarbeit PINTO, Hausbesuche bei älteren Menschen, mit Tagesschulen und weiteren familienunterstützenden Angeboten.
- Trotz der finanzpolitisch rauen Zeiten halten wir es dem Gemeinderat zugute, dass er ganz gezielte Neuausgaben vorsieht. Im Zentrum stehen für uns die Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und dabei insbesondere die Massnahmen für junge Menschen auf Stellensuche.

Argumente gegen die Vorlage

- Aus fünf Gründen lehnen wir das Budget ab: Erstens haben wir ein Ausgabenwachstum. Zweitens fehlen beim Aufwand Aufwandpositionen. Drittens enthält das Budget nicht finanzierbare Investitionen. Viertens gibt es Vorbehalte bei der Einnahmeseite. Fünftens sollte man sich in guten Zeiten Polster für schlechtere Zeiten anlegen.
- Wir haben mit der Konstruktion der StaBe Finanzakrobatik betrieben und auf diese Weise Geld gespart. Das ist auch das Problem beim Budget 2006. Es ist kein seriöses Budget. Das Budget ist zu optimistisch. Beispielsweise gibt es eine Zentrumslastabgeltung, ohne eine Absicherung, dass wir im Jahr 2007 10 Mio. Franken Zentrumslastabgeltung bekommen.
- Die Einwohnerzahl stagniert, wir haben Mühe, in der Stadt Bern die entsprechenden neuen Arbeitsplätze schaffen zu können und zudem erfolgt eine Steuerabwanderung aus der Stadt. Aus diesen Gründen erachten wir eine erhöhte Budgetierung des Ausgabenwachstums für problematisch.

Abstimmungsergebnis:

41 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Antrag

Der Stadtrat empfiehlt den Stimmberechtigten mit 41 Ja- gegen 22 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen den folgenden

Beschluss

zur Annahme:

Der Voranschlag der Laufenden Rechnung, basierend auf dem Produktegruppen-Budget mit Globalkrediten pro Dienststelle, übergeordneten Zielen und Steuerungsvorgaben, wird genehmigt bei Aufwand und Ertrag von je Fr. 938 428 810.41 mit folgenden Steuersätzen und Abgaben:

- die **Steueranlage** beläuft sich auf das **1,54-fache** (unverändert) der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze;
- die **Liegenschaftsteuer** beträgt weiterhin **1,5 Promille** des amtlichen Wertes;
- die **Hundetaxe** je Hund und Jahr beträgt wie bisher **Fr. 100.00**.

Bern, 22. September 2005

Im Namen des Stadtrats

Der Stadtratspräsident:
Philippe Müller

Die Ratssekretärin:
Dr. Annina Jegher